

Quelle: picture alliance

ENERGIEKOSTEN IM ZAUM HALTEN

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de



Kostenlose Beratung zur Einsparung von Wasser- und Energiekosten in Privathaushalten, Quelle: picture alliance

WIR ALLE BRAUCHEN ENERGIE

Unser tägliches Leben ist abhängig von Energie. Einen Alltag ohne elektrischen Strom und Heizungsenergie können wir uns eigentlich nicht mehr vorstellen. Wirtschaft, Verwaltung, Transport, Sicherungssysteme – ohne Energie funktioniert nichts. Weil Energie so elementar zu unserem Leben gehört, muss sie jederzeit verfügbar und für jede und jeden bezahlbar sein und bleiben.

Nur – einfach ist das nicht. In den vergangenen Jahren sind die Preise für fossile Energieträger wie Öl und Gas massiv gestiegen. Auch die Strompreise haben sich in den letzten zwölf Jahren etwa verdoppelt. Warum das so ist und was wir gegen eine weiter steigende Belastung mit Energiekosten tun können, wollen wir in dieser Broschüre erläutern.

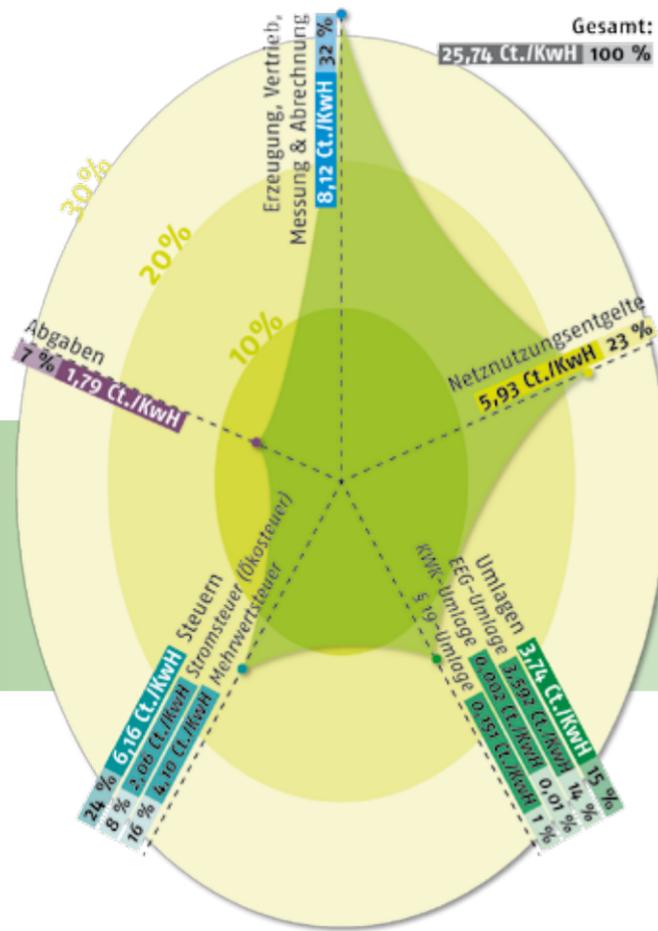
Zentral ist der Strom- und Wärmebereich. Wie setzen sich hier unsere Energiepreise zusammen? Was beeinflusst die Höhe der Preise? Welche Maßnahmen gibt es, um die Kosten für Strom und Wärme dauerhaft im Rahmen zu halten? Hier finden Sie Antworten darauf.

UNSERE STROMPREISE IM DETAIL

In den letzten Jahren ist der Strompreis für Privathaushalte in Deutschland beständig gestiegen. Um zu verstehen, warum das so ist und wie sich der Strompreis für Privathaushalte in Zukunft entwickeln könnte, hilft ein genauerer Blick auf die Fakten: aus welchen Elementen sich der Preis zusammensetzt und welchen Anteil sie daran haben. Als Beispiel dient ein Strompreis aus dem Jahr 2012 in Höhe von 25,74 Cent pro Kilowattstunde.

DER STROMPREIS UND SEINE BESTANDTEILE

Diese Übersicht zeigt, dass die Herstellungskosten ein knappes Drittel zum Strompreis beitragen. Hierzu gehören die Kosten für Bau, Betrieb und Wartung der Kraftwerke sowie für die Brennstoffe, beispielsweise Kohle.



Die Netznutzungsentgelte fallen für den überregionalen Transport und die Verteilung des Stroms an. Die Energieversorger bezahlen die Entgelte dafür an die Netzbetreiber. Zusammen genommen machen also die Kosten für die Herstellung und die Bereitstellung des Stroms etwas mehr als die Hälfte des Strompreises aus.

Mit den Umlagen sind die Kosten für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) und die sogenannte § 19-Umlage gemeint. Die ersten beiden Umlagen tragen dazu bei, die Energiewende zu finanzieren. Dank EEG erhalten Erzeuger von Strom aus Erneuerbaren über 20 Jahre lang eine festgelegte Einspeisevergütung. Sie wird über die EEG-Umlage finanziert.

Das KWKG fördert die Stromerzeugung aus Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, die neben Strom auch Wärme erzeugen. Diese Förderung bezahlen die Verbraucherinnen und Verbraucher über die KWK-Umlage.

EEG- und KWK-Umlage tragen also gemeinsam etwas mehr als zehn Prozent zum endgültigen Strompreis bei.

Die § 19-Umlage schließlich hat mit der Energiewende nichts zu tun. Sie ist eine Subvention bestimmter Großunternehmen mit hohem Stromverbrauch und finanziert teilweise deren Befreiung von der Zahlung der Netzentgelte. Sie ist im Paragraphen 19 Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung geregelt. Bezahlt wird die § 19-Umlage von Privathaushalten und kleineren und mittleren Betrieben.

Von den Abgaben ist die Konzessionsabgabe die wichtigste. Die Kommunen erheben sie für den Stromtransport durch ihr Gebiet.

Zu den Steuern gehört die Stromsteuer, also die Besteuerung des Stromverbrauchs, auch „Ökosteuer“ genannt. Sie soll den Stromverbrauch dämpfen und hält seit 1999 unsere Rentenbeiträge stabil. Schließlich wird auf den Verbrauch von Strom die Mehrwertsteuer mit ihrem vollen Satz von 19 Prozent erhoben.

»» EIN ERSTES FAZIT:

Über drei Viertel des Strompreises sind nicht durch Ökosteuer, EEG- oder KWK-Umlage begründet. Die EEG-Umlage allein macht nur ein Siebtel des gesamten Strompreises aus.

Energieberatung

ich will

ich werde

ich k

Eine gezielte Information
hilft bei der Auswahl
stromsparender Haushaltsgeräte.

ENERGIE VERWENDEN

ENERGIE SPAREN

Quelle: picture alliance

GEHT ES BEIM STROMPREIS IMMER NUR NACH OBEN?

Für die größten Posten, Erzeugung und Vertrieb, ist in naher Zukunft nicht mit großen Preisanstiegen zu rechnen.

Zwar gehen mit der Endlichkeit von fossilen Ressourcen wie Uran und Kohle auch steigende Preise für konventionellen Strom einher. Doch der zunehmende Anteil Ökostrom kann den Börsenpreis dämpfen, sofern der Ausbau der Erneuerbaren weiter forciert wird. Bei den Netzentgelten ist dagegen ein Anstieg zu erwarten. Denn der Ausbau unseres Stromnetzes ist längst überfällig, um den Strom so schnell wie möglich vom Erzeugungsort dorthin zu transportieren, wo er aktuell benötigt wird. Schließlich wird auch die EEG-Umlage steigen. Wie bei den Netzentgelten hängt hier die Höhe des Anstiegs zu einem sehr großen Teil davon ab, wie viele Unternehmen von den entsprechenden Kosten befreit werden.

AN DEN ERNEUERBAREN LIEGT ES NICHT

Allein zwischen 2000 und 2012 hat sich der Preis, den ein Privathaushalt für eine Kilowattstunde Strom zahlen musste, fast verdoppelt: von 13,64 auf 25,74 Cent.

In den kommenden Jahren ist mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen. Schwarz-Gelb, aber auch die vier großen Energiekonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW blasen zur Erklärung ins gleiche Horn und ziehen als Verursacher die erneuerbaren Energien heran. Damit versuchen sie, das Erneuerbare-Energien-Gesetz samt der Energiewende in Misskredit zu bringen.

Doch die politisch motivierte Behauptung hält den Tatsachen nicht stand. Während der Strompreis für Privathaushalte zwischen 2000 und 2012 um 12,1 Cent gestiegen ist, hat sich die EEG-Umlage nur um 3,39 Cent erhöht. Daraus wird ersichtlich, dass über zwei Drittel der Preissteigerungen nicht auf die erneuerbaren Energien zurückgeführt werden können.

WER IST SCHULD AN STEIGENDEN PREISEN?

Ein erheblicher Teil der EEG-Umlage für die Privathaushalte erklärt sich durch großzügige Befreiungsregeln für Unternehmen. Gedacht war diese Vorzugsbehandlung ursprünglich für die stromintensiven Industrien. Deren internationale Wettbewerbsfähigkeit sollte nicht durch hohe Strompreise gefährdet werden. Doch Schwarz-Gelb hat mittlerweile die Ausnahme zur Regel gemacht. In den letzten Jahren sind immer mehr Branchen von der EEG-Umlage ganz oder größtenteils befreit worden. Dadurch steigt die Umlage und damit der Strompreis für die Privathaushalte beständig an.

Ähnlich ist es bei den Netzentgelten. Auch hier hat die Bundesregierung ohne Not neue Befreiungen für die Industrie eingeführt. Auch hier müssen die Privathaushalte die Mehrbelastungen schultern.

Und zu alledem müssen Industrieunternehmen auch weniger Stromsteuern bezahlen.

All diese Vergünstigungen halten den Industriestrompreis niedrig. Im Jahr 2012 liegt er für mittlere Unternehmen bei gut 12 Cent, für große Unternehmen nur bei etwa 6 Cent pro Kilowattstunde. Den Privathaushalten bürdet man also das Doppelte bis Vierfache des Industriestrompreises auf.

Ein weiterer Aspekt kommt noch hinzu: Der Ausbau der erneuerbaren Energien wirkt an den Strombörsen – gerade zu Spitzenlastzeiten – preisdämpfend. Weil Sonnen- und Windstrom deutlich günstiger angeboten werden können als Strom aus Gas- oder Kohlekraftwerken, sinkt der Börsenstrompreis. Auf das gesamte Jahr gerechnet betrug dieser sogenannte Merit-Order-Effekt in den letzten Jahren jeweils rund 0,6 Cent pro Kilowattstunde. Das entspricht einer Verbilligung von fast 3 Milliarden Euro. Für größere Unternehmen bedeutet das: Sie profitieren vom Ausbau der erneuerbaren Energien, ohne (nennenswert) über die EEG-Umlage dafür bezahlen zu müssen. Für die privaten Haushalte steigen dagegen die Preise.



Quelle: ExQuisine/aleksangel/Fotolia.com

MIT STEIGENDEN STROM- PREISEN LEBEN?

An höheren Strompreisen werden wir alle nicht vorbeikommen. Angesichts dessen sind uns Grünen im Bundestag zwei Dinge besonders wichtig.

Niemand soll es aus Geldmangel am lebensnotwendigen Strom fehlen. Eine Minimalversorgung mit Strom für jeden Haushalt muss gewährleistet sein. Schon 2011 waren schätzungsweise 800.000 Menschen von Stromsperrern betroffen. Die Garantie einer Mindestversorgung ist daher dringend geboten. Gleichzeitig sollen finanziell schwache Menschen kostenfreie Energieberatungen in Anspruch nehmen können. Zudem müssen die Grundsicherungsleistungen für Energie Schritt halten mit der Entwicklung der Energiepreise.

Alle müssen ihren Teil beitragen, Strom einzusparen und Verschwendung einzudämmen. Wir wollen die Sensibilität der Verbraucherinnen und Verbraucher für das alltägliche, aber kostbare Gut Strom fördern. Dazu muss der Strompreis so gestaltet sein, dass er keine Anreize zur Verschwendung von Strom bietet. Im Gegenteil. Wir brauchen Tarife der Energieversorger, die das Stromsparen belohnen.

GRÜNE MASSNAHMEN FÜR FAIRE STROMPREISE

- » **Die ausufernde Befreiung der Industrie von der EEG-Umlage rückgängig machen.** Dadurch sinkt die EEG-Umlage und mit ihr auch der Strompreis.
- » **Die Abhängigkeit von fossilen Importen mindern.** In den kommenden Jahren werden die Kosten für Kohle, Öl und Gas weiter steigen – und damit unsere Stromkosten. Energie aus Sonne, Wind und Wasser erfordern jetzt zwar Investitionen, dafür machen sie uns später unabhängiger von den steigenden Kosten begrenzter Ressourcen.
- » **Stromsparen hilft Kosten vermeiden. Mit einem Energiesparfonds** wollen wir gezielt Stromsparmaßnahmen fördern – insbesondere für einkommensschwache Haushalte. Dazu gehören die Förderung einer Energiesparberatung und Zuschüsse für den Kauf stromsparender Elektrogeräte.

*Die privaten Haushalte werden von den Stromanbietern und der Politik in die **Zange** genommen:*

*Stromversorger geben die gesunkenen **Einkaufspreise nicht** an die Kunden weiter und Schwarz-Gelb **entlastet** hunderte Unternehmen **auf Kosten** der **Privathaushalte** und **Kleinbetriebe**.*



Bärbel Höhn MdB
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

WÄRME: ENERGIEFRESSER MIT GROSSEM APPETIT

Über den Strompreis wird heiß diskutiert, dabei sind für die Verbraucherinnen und Verbraucher die Heizkosten viel wichtiger. Auch dieser Posten hat sich im letzten Jahrzehnt fast verdoppelt. Schuld daran ist vor allem der Preisanstieg bei Heizöl und Erdgas, denn unsere Wärmeversorgung wird immer noch zu über 90 Prozent von fossilen Rohstoffen gedeckt.

Die Versorgung mit Wärme hat den größten Anteil am Energieverbrauch in Deutschland. Für das Beheizen von Gebäuden und die industrielle Nutzung von Prozesswärme werden rund 40 Prozent der gesamten Endenergie aufgewendet. Bei Privathaushalten entfallen sogar fast 90 Prozent auf Raumheizung und Warmwasserbereitung, nur gut 10 Prozent werden als Strom verbraucht.

» WÄRME AUS FOSSILEN ENERGIEQUELLEN – GARANTIERT TEUER

Kostete das Heizöl Ende 2006 noch knapp 60 Euro pro 100 Liter, waren es Mitte 2012 schon an die 100 Euro. Der Anstieg der Öl- und Gaspreise hat verschiedene Ursachen. Da ist das globale

Wachstum, gerade in großen Schwellenländern wie China und Indien. Auch politische Entwicklungen und geopolitische Unsicherheiten treiben die Öl- und Gaspreise in immer neue Höhen. So sind mit den politischen Veränderungen im Zuge des Arabischen Frühlings die Förderquoten dort zeitweise deutlich gesunken – und die Preise stiegen.

Der langfristig entscheidende Preistreiber ist aber die Endlichkeit und zunehmende Knappheit der fossilen Ressourcen. Auch der globale Boom von unkonventionellem Gas und immer teurere und umweltschädlichere Öl-Bohrungen können daran nichts ändern.

Wer die Kosten für Heizung und Warmwasserbereitung im Rahmen halten will, muss also handeln. Möglichkeit Nummer eins ist die energetische Gebäudesanierung. Sie bietet ein riesengroßes Potenzial für Energie- und Kostenersparnis. Möglichkeit Nummer zwei bedeutet, die Heizsysteme von fossilen auf regenerative Energiequellen umzustellen. Das senkt auf Dauer die Energiekosten, denn man wird unabhängig von der Entwicklung der Rohstoffpreise.



Kraft-Wärme-Kopplung, Quelle: ferretcloud/ARTo/Fotolia.com

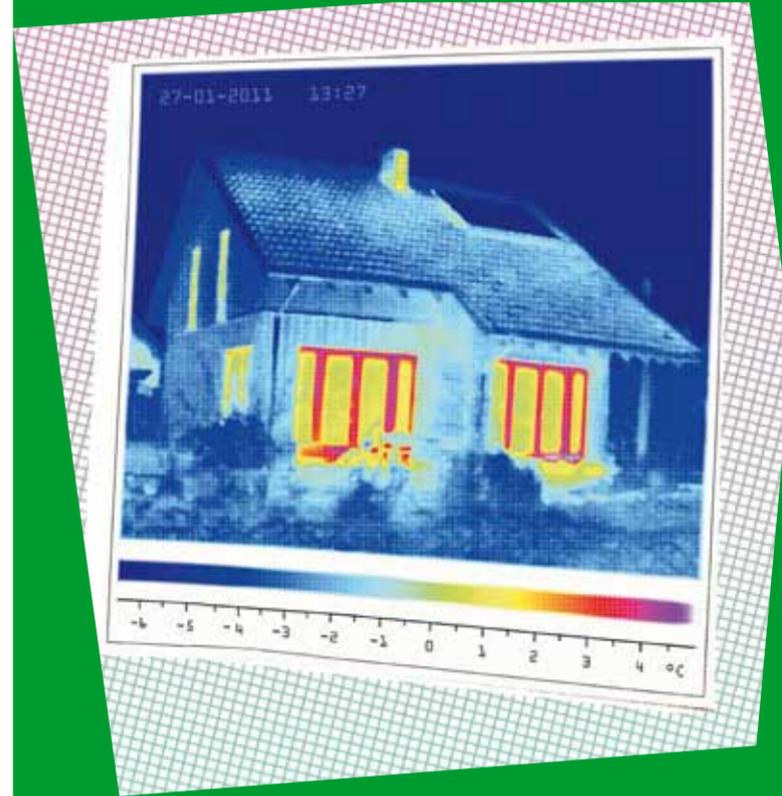
GEBÄUDESANIERUNG: BESSER GEDÄMMT & EFFIZIENT

Enormes Einsparpotenzial birgt der Gebäudebestand in Deutschland mit seinen 18 Millionen Wohnhäusern. Etwa 70 Prozent davon wurden vor 1978 und damit vor der ersten Wärmeschutzverordnung gebaut. Viele Gebäude wurden in den letzten Jahren gar nicht oder unzureichend saniert, nur ein Bruchteil genügt heutigen Standards für Neubauten. Während ein unsanierter Altbau 200 bis 400 Kilowattstunden pro Jahr und Quadratmeter verheizt, sinkt der Verbrauch nach einer erfolgreichen Sanierung auf Werte unter 100. Am wichtigsten ist die Dämmung von Fassaden, Dächern und Kellerdecken sowie der Einbau von Isolierglas-Fenstern und modernen Türen. Zusammen mit effizienten Heizsystemen lässt sich so der Wärme- und Kälteverbrauch um bis zu 80 Prozent senken.

Ein Beispiel: Ein Drei-Personen-Haushalt in einem unsanierten Einfamilienhaus mit 100 Quadratmetern Wohnfläche verbraucht für Wärme circa 30.000 Kilowattstunden Energie pro Jahr. Das kostet etwa 1.950 Euro. Durch energetische Sanierung, effiziente Heizsysteme und energiebewusstes Verhalten sinkt der Verbrauch auf 10.000 Kilowattstunden. Jährliche Ersparnis: 1.300 Euro. Hochgerechnet auf ganz Deutschland beliefte sich der Einspareffekt auf bis zu 50 Milliarden Euro im Zeitraum bis 2020.

GRÜNE MASSNAHMEN FÜR DEN GEBÄUDEBEREICH

- » Die aktuelle Sanierungsquote von unter einem Prozent auf drei Prozent anheben. Das ermöglicht eine vollständige Sanierung des Altbaubestandes in den nächsten 30 bis 40 Jahren.
- » Das KfW-Förderprogramm zur Gebäudesanierung auf zwei Milliarden Euro aufstocken und verstetigen.
- » Ein Energiesparfonds in Höhe von drei Milliarden Euro soll die Umsetzung von Sanierungs- und Sparmaßnahmen in Gebieten mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte fördern.
- » Bis 2020 soll der Energiebedarf bei sanierten Gebäuden auf höchstens 60 kWh pro Quadratmeter und Jahr begrenzt sein.
- » Den Energieausweis weiterentwickeln. Er muss jederzeit zugänglich, einheitlich gestaltet und bedarfsorientiert sein.

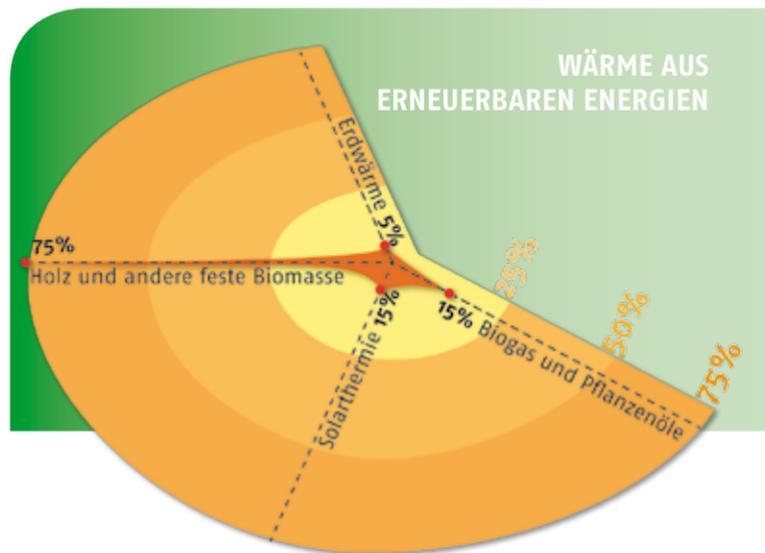


Quelle: I.Bartussek/Fotolia.com

ERNEUERBARE MIT VIEL POTENZIAL

Einen Batzen Energiekosten können Hausbesitzerinnen und -besitzer durch den Einbau moderner Heizsysteme einsparen. Hier gibt es erheblichen Modernisierungsrückstand: Von den 18 Millionen Heizungsanlagen, die derzeit in Betrieb sind, sind rund 13 Millionen veraltete und ineffiziente Gas- und Ölkessel. Das heißt: 70 Prozent der Heizungsanlagen entsprechen nicht dem Stand der Technik, sie verschwenden kostbare Energie und Geld. Zwar gehört der erneuerbaren Wärmeversorgung ohne Zweifel die Zukunft. Doch noch ist ihr Anteil – 10,4 Prozent waren es im Jahr 2011 – recht gering. Umso größer aber das Potenzial, verschiedene ausgereifte Technologien sind bereits auf dem Markt.

Bei den regenerativen Energiequellen hat feste Biomasse mit 75 Prozent derzeit den größten Anteil. Scheitholz und Holzpellets befeuern moderne Holzpellettheizungen, Kamin- und Kachelöfen. Weitere 15 Prozent teilen sich Bio- und Deponiegas sowie flüssige Biomasse wie Pflanzenöl. Sie werden vornehmlich in Blockheizkraftwerken größerer Gebäudekomplexe eingesetzt. Die restlichen zehn Prozent entfallen jeweils zur Hälfte auf Solarthermie und Erdwärme.

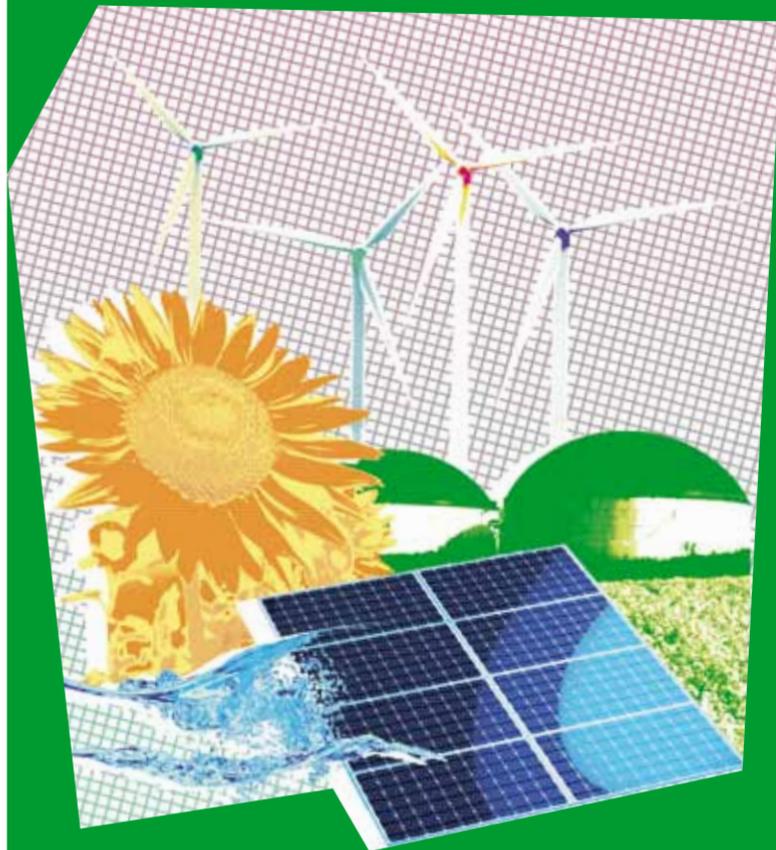


Schon jetzt sind nachhaltige Brennstoffe im Schnitt 30 Prozent billiger als Öl und Gas. Eine Umstellung auf regenerativ erzeugte Wärme lohnt sich und schont schnell und dauerhaft den Geldbeutel.

GRÜNE ZIELE & MASSNAHMEN FÜR DEN WÄRMEMARKT

Mindestens 14 Prozent des Wärme- und Kälteenergiebedarfs in Neubauten und bestehenden öffentlichen Gebäuden – so will es das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz – sollen bis zum Jahr 2020 durch Erneuerbare Energien gedeckt werden. Unser Ziel ist es, bis dahin einen Anteil von sogar 25 Prozent Erneuerbaren zu erreichen. Bis zum Jahr 2040 wollen wir dann möglichst eine Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Wärme schaffen.

- » **Das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz auf Altbauten ausdehnen**, damit die gesetzliche Verpflichtung zum Einsatz von Erneuerbaren auch bei Sanierungen und beim Austausch bestehender Heizungsanlagen greift.
- » **Das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmebereich braucht eine stabile finanzielle Basis.** Damit mehr Investitionen in erneuerbare Heizsysteme stattfinden.
- » **Unabhängige Energiekompetenzzentren und Informationskampagnen** sollen Bürgerinnen und Bürger stärker über Energiesparmöglichkeiten informieren.



Quelle: Fotolia.com

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Verbraucher und Verkehr

Bärbel Höhn MdB, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552,

info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

Der grüne Energiesparfonds: Energiekosten senken, Klimaschutz stärken, Arbeitsplätze schaffen (Fraktionsbeschluss vom 24.05.11)

www.gruene-bundestag.de » Themen » Energie

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

17/9949 Die Energiewende aus der Sackgasse führen

17/8898 Ein Jahr Fukushima: Energiewende muss weitergehen

17/7938 Wohnraum in Deutschland zukunftsfähig machen:
sozial gerechtes und klimafreundliches Mietrecht

17/7462 Energie sparen, Kosten senken, Klima schützen – Für
eine ambitionierte Effizienzstrategie in Europa

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Jakina U. Wesselmann

Stand: September 2012, Schutzgebühr: 0,05 €

